

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung Verwaltungssteuerung	Datum 13.03.2000
	Schriftführerin Helga Monheim
	Telefon-Nr. 02202/142245
Niederschrift	
Rat	Sitzung am 29.02.2000
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm- Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:35 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 19.15 Uhr – 19.20 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 16.12.1999 - öffentlicher Teil -
119/2000**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5. Schenkung des Vereins BÜRGER FÜR UNS PÄNZ e.V.
108/2000**
- 6. Annahme einer Schenkung
75/2000**
- 7. Wahl eines Beigeordneten/ einer Beigeordneten
110/2000**

8. **Einwohnerfragestunde**
126/2000
9. **Zuwendungen zu den Aufwendungen der Fraktionen**
76/2000
10. **Stellenplan 2000**
117/2000
11. **Haushalts 2000;
Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2000 und
Investitionsprogramm 1999 - 2003**
133/2000
12. **Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für
das Wirtschaftsjahr 2000**
127/2000
13. **Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes für das Wirtschaftsjahr 2000**
129/2000
14. **Feststellung des Wirtschaftsplanes der Städtischen Feuerwehr für das Wirt-
schaftsjahr 2000**
64/2000
15. **Feststellung des Wirtschaftsplanes der städtischen Kultureinrichtung "Kunst-
und Kulturbesitz Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2000**
34/2000
16. **Feststellung des Wirtschaftsplanes der städtischen Kultureinrichtung "Haus der
Musik Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2000**
31/2000
17. **Feststellung des Wirtschaftsplans der Stadt- und Kreisbücherei für das Wirt-
schaftsjahr 2000**
35/2000
18. **Feststellung des Wirtschaftsplans der Volkshochschule für das Wirtschaftsjahr
2000**
32/2000
19. **Wirtschaftsplan 2000 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich
Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**
80/2000
20. **Feststellung des Jahresabschlusses 1998 für den Abfallwirtschaftsbetrieb der
Stadt Bergisch Gladbach**
128/2000
21. **Feststellung des Jahresabschlusses 1998 für das Abwasserwerk der Stadt Ber-**

- gisch Gladbach**
130/2000
22. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 1999**
74/2000
23. **I. Nachtrag zur Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach vom 15.06.1999**
343/1999
24. **Erweiterung der Montessori-Kindertagesstätte in Bensberg-Bockenber**
131/2000
25. **Änderung der "Richtlinien zur Förderung der Spielgruppen"**
132/2000
26. **Änderung der "Richtlinien zur Förderung der Hausaufgabenhilfe in Lern- und Spielgruppen"**
134/2000
27. **Neufassung der Satzung für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach**
58/2000
28. **Satzung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach"**
54/2000
29. **Satzung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach"**
57/2000
30. **Benennung von beratenden Mitgliedern im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport**
41/2000
31. **Benennung von Mitgliedern des Kreiswahlausschusses für den Wahlkreis 26**
308/1999
32. **Umbesetzung im Umlegungsausschuss**
2/2000
33. **Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten im Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund**
125/2000
34. **Antrag der SPD-Fraktion vom 15.02.2000 zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten**
124/2000
35. **Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.2000 bzgl. der Entschädigung der Entschä-**

digung der Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit.

105/2000

- 36. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.12.1999 ;
Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit**
116/2000
- 37. Antrag der der Fraktionen SPD, KIDitiative und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 07.02.2000 zur Beschäftigungsförderung**
123/2000
- 38. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.01.2000 zur Zentren-
studie**
122/2000
- 39. Anfragen der Ratsmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nicht öffentlicher Teil -**

2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 16.12.1999 - nichtöffentlicher Teil -**
 120/2000

3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

4. **Vorschlagsliste für die Wahl der Vertrauenspersonen für die Wahl der Schöffen und der Jugendschöffen**
 99/2000

5. **Bestellung des Wehrführers und des stellvertretenden Wehrführers für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach**
 90/2000

6. **Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeisterin Opladen eröffnete die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Sitzungsunterlagen der heutigen Sitzung sind:

- die Einladung vom 17.02.2000,
- die mit Schreiben vom 24.02.2000 übersandte Aktualisierung,
- die mit Schreiben vom 25.02.2000 übersandte Vorlage zum Haushalt 2000,
- die Tischvorlagen bzgl. der Benennung von Mitgliedern des Bezirksrates der Kreissparkasse Köln für den Geschäftsbereich Bergisch Gladbach.

Für die heutige Sitzung hat sich das Ratsmitglied Nikolaus Kleine wegen Erkrankung entschuldigt. Frau Opladen bittet, ihm gute Genesungswünsche zu übersenden.

Die Beratung der Tagesordnungspunkte A 35 Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.2000 und A 36 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema *Zwangsarbeiter in der NS-Zeit* wurden in der Sitzung des Hauptausschusses auf die Sitzung am 09.05.2000 vertagt. Die Ratsmitglieder verständigten sich dahingehend, die beiden Punkte auch von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Auf Nachfrage von Frau Ryborsch erklärt Frau Opladen, dass der vom Stadtarchiv verfasste Bericht zu diesem Thema den Ratsmitgliedern zu gegebenen Zeit zur Verfügung gestellt werde.

Frau Opladen weist auf eine Mitteilung der Kreissparkasse Köln vom heutigen Tage hin, nach der die erste Sitzung des Bezirksbeirates der Kreissparkasse nach der Kommunalwahl im April 2000 stattfinden soll. Für den Bezirksbeirat wurden in der Ratssitzung am 02.11.1999 noch keine Vertreter benannt. Für die Entsendung der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach ist jedoch ein Ratsbeschluss erforderlich.

Da die nächste Ratssitzung erst am 18.05.2000 stattfindet, wird auf Vorschlag der Bürgermeisterin Einvernehmen erzielt, die Tagesordnung gem. § 48 Abs. 1 GO i.V.m. § 12 Abs. 3 GeschO zu erweitern und die *Benennung der Vertreterinnen und Vertreter für den Bezirksrat der Kreissparkasse* als TOP A 33 a in die Tagesordnung aufzunehmen.

<-@

2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

@-> Frau Ryborsch merkt zu TOP A 47 an, dass dieser Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 29.11.1999 zum Fluglärm am Flughafen Köln/ Bonn an den

Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr verwiesen wurde, die Angelegenheit aber nicht Gegenstand der Sitzung am 15.02.2000 war. Sie bittet den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kraemer, den Punkt in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufzunehmen.

Da im Übrigen keine Einwendungen gegen die Niederschrift erhoben werden, gilt sie als genehmigt.

<-@

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates vom 16.12.1999 - öffentlicher Teil -

@-> Frau Opladen aktualisiert den schriftlich verfassten Bericht wie folgt:

Zu TOP A 34

Der **Bebauungsplan Nr. 1461 Pannenberg** wurde am 22.02.2000 öffentlich bekanntgemacht.

Zu TOP A 46

Antrag B 90/DG zur Fortführung der Linie 1

Bei Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der Antrag im Hauptausschuss vertagt.

Zu TOP A 48

Antrag B90/DG zum Ausbau der S 11

Einstimmig bei Enthaltung der F.D.P.- Fraktion wurde im Hauptausschuss folgender Beschluss gefasst:

Die Stadt Bergisch Gladbach fordert, den zweigleisigen Ausbau der S 11 zwischen Bergisch Gladbach – Dellbrück – Köln in den ÖPNV-Ausbauplan 2000-2004 in die Stufe „vordringlicher Bedarf“ aufzunehmen. Sie bittet zum wiederholten Mal den Kreis und den Zweckverband VRS als Antragsteller, so zu verfahren.

Zu TOP A 53

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Streichung der Straßentrasse Bahndamm aus dem Kreisverkehrsentwicklungsplan

Bei Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der Antrag im Hauptausschuss zurückgewiesen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4. Mitteilungen der Bürgermeisterin

@-> Es gibt keine Mitteilungen.

<-@

5. Schenkung des Vereins BÜRGER FÜR UNS PÄNZ e.V.

@-> Bürgermeisterin Opladen bedankt sich beim Verein BÜRGER FÜR UNS PÄNZ e.V., der die Anschaffung von Spielplatzgeräten ermöglicht habe, für die im städtischen Haushalt in dieser Größenordnung keine Mittel zur Verfügung gestellt werden konnten.

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Schenkung des Vereins BÜRGER FÜR UNS PÄNZ e.V. wird mit besonderem Dank angenommen.

<-@

6. Annahme einer Schenkung

@-> Herr Hagen begibt sich in den Zuschauerraum.

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

<-@

@-> **Die Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V. wird mit besonderem Dank angenommen.**

Herr Hagen nimmt seinen Platz wieder ein.

<-@

7. Wahl eines Beigeordneten/einer Beigeordneten

@-> Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt Herr Ziffus geheime Abstimmung.

Zur Auszählung der Stimmen stellen sich Frau Böcher, Frau Scheerer und Herr Kraemer zur Verfügung.

Nach geheimer Abstimmung und Auszählung der Stimmen gibt Bürgermeisterin Opladen das Wahlergebnis bekannt.

**Es wurden 52 gültige Stimmen abgegeben;
davon haben 47 mit Ja und 5 mit Nein gestimmt.**

Damit ist Herr Stephan Schmickler zum Beigeordneten der Stadt Bergisch Gladbach (Besoldungsgruppe B 4) für den vom Rat festgelegten Geschäftskreis (Fachbereiche 6, 7 und 8) gewählt.

<-@

@->

<-@

8. Einwohnerfragestunde

@-> Frau Opladen ruft um 18.00 Uhr die Einwohnerfragestunde auf.

Es liegt eine Einwohnerfrage von Herrn Klaus Hoffmann, An der Wallburg 1, 51429

Bergisch Gladbach, zur Verschmutzung des Gehweges im Bereich der Straßenkreuzung Ecke Siebenmorgen/ Dolmanstraße im Ortsteil Refrath vor.

Da Herr Hoffmann selber nicht anwesend ist, wird die Anfrage schriftlich beantwortet.

Sowohl die schriftlich vorgelegte Einwohnerfrage als auch das Antwortschreiben sind der Niederschrift in Kopie beigelegt.

<-@

9. Zuwendungen zu den Aufwendungen der Fraktionen

@-> Frau Opladen berichtet, dass im Hauptausschuss Einvernehmen erzielt wurde, die Zuwendungen zu den Aufwendungen der Fraktionen zurzeit nicht zu erhöhen. Es solle zunächst eine Bedarfsanalyse erstellt werden, auf deren Grundlage festgestellt werden kann, ob und inwieweit ein erhöhter finanzieller Bedarf bei den einzelnen Fraktionen besteht.

Neben den Zuwendungen wird im Haushaltsplan jährlich ein Betrag von 7.200,-- DM für 18 Fortbildungsmaßnahmen à 400,-- DM den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Die Verteilung erfolgt nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren. Bei der Verteilung bleibt die aus zwei Personen bestehende Fraktion KIDitiative unberücksichtigt. Es besteht jedoch Einvernehmen, dass jede Fraktion den Mindestbetrag von 400,-- DM erhalten solle.

Der Rat fasst daher einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Fraktion KIDitiative erhält jährlich einen einmaligen Zuschuss für Fortbildungsmaßnahmen der Fraktion in Höhe von 400,00 DM.

<-@

@->

<-@

10. Stellenplan 2000

@-> Auf Vorschlag von Frau Opladen halten die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD, F.D.P. und KIDitiative sowie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wegen des Sachzusammenhangs zwischen Stellenplan und Haushalt 2000 nach Aufruf des Tagesordnungspunktes A 10 die Haushaltsreden. Die Manuskripte sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Frau Ryborsch macht deutlich, dass sie die Kritik der Fraktionen von CDU und F.D.P. am Stellenplan für nicht gerechtfertigt halte, da sie sich in erster Linie gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richte. Zwar teile sie die Auffassung, dass die Fachbereichsleiterinnen und Fachbereichsleiter sehr autonom seien. Es sei jedoch Sache der Politik, durch Vorgaben einer ungewollten Verselbständigung der Fachbereiche entgegenzuwirken. Auch eine unverhältnismäßige Stellenvermehrung habe sie nicht feststellen können. Die Stellenausweitungen und -anhebungen seien durchaus angemessen, denn das Personal habe auch in den letzten Jahren Stellenkürzungen hinnehmen müssen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sei allerdings gegen die Ausweisung von vier Stellen für Stadtwächter, da es nach Auffassung ihrer Fraktion in Bergisch Gladbach hierfür keinen Bedarf gebe. Die Stellen sollten deshalb aus dem Stellenplan ge-

strichen werden. Hingegen sei die Schaffung von Stellen für sozialpädagogische Mitarbeiter zur Familienbetreuung dringend erforderlich. Ein entsprechender Antrag ihrer Fraktion sei zum fünften Mal abgelehnt worden, obwohl damit Heimunterbringungen verhindert und Kosten auf lange Sicht gespart werden könnten.

Im Übrigen rege sie an, dass die Bürgermeisterin, wie ihre beiden Vorgänger, Herr Fell und Herr Dr. Franke, auf eine Eingruppierungsstufe verzichte, um so Geld im Stellenplan zu sparen.

Frau Opladen stellt fest, dass sie auch die Entwicklung des Personaletats mit einer gewissen Sorge beobachte. Konsequenter Weise sollte deshalb zunächst analysiert werden, wo die Schwachstellen der Verwaltungsreform liegen. Es sollte gemeinsam mit der Politik überlegt werden, wie die begonnene und in weiten Teilen umgesetzte Reform fortgeführt werden könne und wo mögliche Änderungen eintreten müssen. Die Verwaltungsreform mache nur Sinn, wenn letztlich das Ziel, eine bürgerfreundliche und kundenorientierte Verwaltung, erreicht werde und die Verwaltung nicht – wie in der Vergangenheit - überwiegend sich mit sich selbst beschäftigt sei.

Frau Opladen dankt allen Fraktionen, dass sie in den Haushaltsreden das Thema aufgegriffen haben, da sie ihr damit auch Unterstützung bei der weiteren Umsetzung der Reform signalisiert werde.

Sodann fasst der Rat zu **a)** mehrheitlich bei Gegenstimmen der F.D.P. und Enthaltungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

Beschluss:

Im Stellenplan 2000 werden folgende *Arbeiterstellen* angehoben:

**Stellen-Nr.
Lohngruppe**

**von
nach**

4/1092

5

6

7/68/1188

6/7

8

7/97/1203

5/6

7

7/70/1293

5/6

7

7/70/1295

5/6
7

7/70/1296
6
7

Der Rat fasst zu **b)** mehrheitlich bei Gegenstimmen der F.D.P. und Enthaltungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

Beschluss:

Im Stellenplan 2000 werden folgende *Angestelltenstellen* angehoben:

**Stellen-Nr.
Vergütungsgruppe**

**von
nach**

7/66/817
II
I b Fg. 1 a

1/130/29
VI B
V c Fg. 1 a

2/210/143
V c
V b Fg. 1 a

2/210/144
IV b
IV a Fg. 1 a

2/210/148
VII
VI b Fg. 1 a

2/210/149
VII
VI b Fg. 1 a

1/1103
VII
VI b Fg. 1 a

3/320/188
VI b
V c Fg. 1 a

3/320/209
VI b
V c Fg. 1 a

3/340/240
V b
IV b Fg. 1 a

3/340/243
VI b
IV b Fg. 1 a

3/37/184
V c
IV b Fg. 1 a

> 0,5 Stellenanteil <

4/400/470
VI b
V b / IV b

4/400/1098

4/42/884
A 7
IV b Fg. 1 a

5/500/570
VI b
V c Fg. 1 a

6/620/1105
5
IV a Fg. 2

6/650/812
IV b
IV a Fg. 1 a

6/650/811
IV b
IV a Fg. 1 a

7/68/844
IV b
IV a Fg. 1 a

7/69/1064
VII
VI b Fg. 1 a

7/69/878
V c / V b
V b Fg. 3

7/70/1072
VII
VI b Fg. 1 a

8/232/1123
-
IV b Fg. 1 a

Der Rat fasst zu c) mehrheitlich bei Gegenstimmen der F.D.P. und Enthaltungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

Beschluss:

Im Stellenplan 2000 werden folgende *Beamtenstellen* angehoben:

**Stellen-Nr.
Besoldungsgruppe**

**von
nach**

Höherer Dienst

4/47/524
A 13
A 14

3/300/180
A 13
A 14

1/112/85

A 13 g.D.
A 13 h.D.

1/101/79
A 12
A 13 h.D.

Gehobener Dienst

14/97
A 12
A 13 g.D.

1/130/27
A 12
A 13 g.D.

1/113/60
A 11
A 12

7/200/703
A 10
A 11

7/200/116
A 10
A 11

7/200/118
A 10
A 11

5/500/174
A 10
A 11

1/102/55
A 9
A 10

5/500/585
A 9
A 10

7/69/261
A 9
A 10

5/511/1086

A 9

A 10

3/340/178

A 9

A 10

3/340/238

A 9

A 10

3/340/241

A 9

A 10

Mittlerer Dienst

1/111/57

A 7

A 8

1/114/42

A 7

A 8

2/210/136

A 7

A 8

Der Rat fasst zu **d)** mehrheitlich bei Gegenstimmen der F.D.P. und Enthaltungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

Beschluss:

Im Stellenplan 2000 werden folgende *Beamtenstellen – Feuerwehr – angehoben:*

Stellen-Nr.

Besoldungsgruppe

von

nach

Mittlerer Dienst

3/37/280
A 8
A 9 m.D.

3/37/282
A 8
A 9 m.D.

3/37/304
A 8
A 9 m.D.

3/37/321
A 7
A 8

3/37/335
A 7
A 8

3/37/338
A 7
A 8

3/37/339
A 7
A 8

3/37/340
A 7
A 8

Zu Buchstabe e) fasst der Rat folgende

Beschlüsse:

1. (einstimmig bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Die neu einzurichtenden Buchhalterstellen in den Fachbereichen 7 und 8 werden nicht besetzt und dies ist entsprechend im Stellenplan auszuweisen.

2. (mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Die folgenden Stellen werden im Stellenplan 2000 neu eingerichtet, wobei die Buchhalterstellen in den Fachbereichen 7 und 8 mit einem Sperrvermerk zu versehen sind.

Fachbereich
Zahl
Funktion

- a) Bes. Gruppe
- b) Verg. Gruppe
- c) Lohngruppe

I
1
Hauptamtl. Bürgermeisterin
a) B 8

3
4
Stadtwächter
b) VI b

4
0,5
Hausmeister
Schulzentrum Ahornweg

b) VII

4
0,5
Sachbearbeiterin/ Sachbearbeiter Zentraler Dienst

b) VI b

5
5
Sachbearbeiterinnen/ Sachbearbeiter Hilfe zur Arbeit

b) IV b

7
0,5
Sachbearbeiter/in Rechnungswesen

b) V c

7
1,5
Bilanzbuchhalterinnen/
Bilanzbuchhalter
a) A 10 bzw.
b) IV b

8
0,5
Finanzbuchhalterin/
Finanzbuchhalter

b) V c

Der Rat fasst zu **f)** mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und Enthaltungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und KIDinitiative folgenden

Beschluss:

Den nachfolgenden Stellenänderungen einschließlich der Einsparungen wird zugestimmt.

**Stellen-
Nr.**

a) Bes. Gruppe

b) Verg. Gruppe

c) Lohngruppe

Stellenanteil

bei Ein-

sparung

Begründung

**von
nach**

I/1

a) B 6

a) B 4

Ausweisung der Stelle für einen technischen Beigeordneten

1/111/86

a) A 12

a) A 13

Auf der Stelle ist bis zum 31.12. 99 ein Jurist mit Verg.Gr. II BAT geführt worden. Der Stelleninhaber hatte einen längerfristigen Zeitvertrag, der zum 31.12.99 ausgelaufen ist (Eintritt in den Ruhestand). Die Stelle soll nunmehr wiederum mit einem Juristen besetzt werden. Hierfür ist die Ausweisung der Stelle mit A 13 erforderlich.

5/510/681

b) V c

a) A 7

Umwandlung einer Angestelltenstelle in eine Beamtenstelle

6/610/728

b) VI b

b) III

Umwandlung einer Technikerstelle in eine Ingenieurstelle

4/42/533

-

b) IV b

1,0

wirksam gewordener kw-Vermerk

1/1000

0,5

Privatisierung der Reinigung im Rathaus Bergisch Gladbach

4/1096

1,0

Privatisierung der Reinigung in der VHS

2,5

Im Anschluss daran erklärt Herr Dr. Fischer folgende Erklärung für die F.D.P.-Fraktion, dass sie mit allen anderen Fraktionen der Meinung sei, dass die Verwaltung leistungsfähig und auch bürgernah ist. Sie bestreite deshalb auch nicht, dass über die Anpassung des Stellenplans nachgedacht werden müsse bzw. ein Teil davon gerechtfertigt sei. Mit der Zustimmung zum Stellenplan werde jedoch nicht nur über eine Million Mark sowie über Stellenanhebungen und neue Stellen entschieden, sondern mit dieser Einmalentscheidung würde auch über einen Kredit entschieden, der über viele Jahre getilgt werden müsse. Es sei also über einen Betrag in einer Größenordnung von 8 bis 10 Millionen Mark zu entscheiden. In Anbetracht der Haushaltslage und der Tatsache, dass Kredite und der Schulden entgegen der Planung nur in geringem Umfang reduziert werden konnten, sei die F.D.P.-Fraktion der Meinung, dass eine sehr starke Zurückhaltung bei den Personalkosten angebracht sei. Deshalb könne man Personalkostensteigerungen außerhalb der Tariferhöhungen nicht befürworten.

Sodann fasst der Rat mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-Fraktion folgenden

Beschluss:

Der Stellenplan wird in der Fassung der Vorlage und den Ergänzungen unter Buchstabe e) beschlossen.

<-@

@->

<-@

11. **Haushalt 2000;**
Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2000 und Investitionsprogramm 1999 - 2003

@-> Herr Müller beantragt für die CDU-Fraktion eine Erhöhung von 2.040,-- DM auf Haushaltsstelle 1.460.717.3.2. Zuschüsse betreute Spielplätze.

Der Rat fasst **mehrheitlich** mit den Stimmen der CDU-Fraktion folgenden

Beschluss:

Die Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Jahr 2000 und das Investitionsprogramm 1999 – 2003 wird unter Berücksichtigung der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgeschlagenen Änderungen und einer von der CDU Fraktion beantragten Erhöhung von 2.040,-- DM auf Haushaltsstelle 1.460.717.3.2. Zuschüsse betreute Spielplätze beschlossen.

<-@

@->

<-@

12. **Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2000**

@-> Der Rat fasst mehrheitlich bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS/DIE GRÜNEN und Enthaltung der Fraktion KIDinitiative folgenden

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach wird in der dem Rat am 16.12.1999 vorgestellten Fassung beschlossen.

<-@

13. **Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes für das Wirtschaftsjahr 2000**

@-> Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach wird in der dem Rat am 16.12.1999 vorgestellten Fassung beschlossen.

<-@

14. **Feststellung des Wirtschaftsplanes der Städtischen Feuerwehr für das Wirtschaftsjahr 2000**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan der Städtischen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2000 wird in der der Vorlage beigefügten Fassung festgestellt.

<-@

15. **Feststellung des Wirtschaftsplanes der städtischen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2000**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

<-@

@->

Der Wirtschaftsplan für die städtische Kultureinrichtung „Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2000 wird wie vorgelegt festgestellt.

<-@

16. **Feststellung des Wirtschaftsplanes der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach" für das Wirtschaftsjahr 2000**

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

<-@

@->

Der Wirtschaftsplan für die städtischen Kultureinrichtung „Haus der Musik Bergisch Gladbach“ für das Wirtschaftsjahr 2000 wird wie vorgelegt festgestellt.

<-@

17. **Feststellung des Wirtschaftsplans der Stadt- und Kreisbücherei für das Wirtschaftsjahr 2000**

@-> Herr Schnöring erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so lange nicht dem Wirtschaftsplan der Stadt- und Kreisbücherei zustimmen werde, bis ein behindertengerechter Zugang zur Stadt- und Kreisbücherei geschaffen ist.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS /DIE GRÜNEN folgenden

Beschluss:

<-@

@->

Der Wirtschaftsplan für die Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2000 wird wie vorgelegt festgestellt.

<-@

18. **Feststellung des Wirtschaftsplans der Volkshochschule für das Wirtschaftsjahr**

2000

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

<-@

@-> Der Wirtschaftsplan für die Volkshochschule Bergisch Gladbach für das Wirtschaftsjahr 2000 wird wie vorgelegt festgestellt.

<-@

19. **Wirtschaftsplan 2000 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**

@-> Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2000 und der Investitionsplan für die Jahre 2000 bis 2003 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ werden beschlossen.

<-@

20. **Feststellung des Jahresabschlusses 1998 für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach**

@-> Der Rat jeweils fasst einstimmig bei Enthaltung der Fraktion KIDinitiative folgenden **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.1998 in Aktiva und Passiva mit

10.303.380,36 DM,

die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von fest.

782.144,85 DM

2. Der Lagebericht 1998 wird gem. § 26 Abs. 2 EigVO festgestellt.

3. Der Jahresüberschuss 1998 wird in Anlehnung an § 10 Abs. 3 EigVO dem Rücklagenkapital für allgemeine Zwecke zugeführt.

<-@

21. Feststellung des Jahresabschlusses 1998 für das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden
Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.1998 in Aktiva und Passiva mit

300.417.541,12 DM,

die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von fest.

3.333.666,30 DM

2. Der Lagebericht 1998 wird gem. § 26 Abs. 2 EigVO festgestellt.

3. Der Jahresüberschuss 1998 wird in Anlehnung an § 10 Abs. 3 EigVO dem Rücklagenkapital für allgemeine Zwecke zugeführt.

<-@

22. Über- und außerplanmäßige Ausgaben 1999

@-> Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.
<-@

23. I. Nachtrag zur Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach vom 15.06.1999

@-> Herr Dr. Kassner weist darauf hin, dass – wie es auch in der Vorlage stehe, der Ausschuss eine Schnittstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und Verwaltung andererseits sei. Das setze eine hohe Dienstleistungsqualität voraus. Er habe festgestellt, dass die Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 26.01.2000 stattgefunden habe, die Antragstellerinnen und Antragsteller aber bis heute nicht informiert wurden, wie der Ausschuss über die Anträge entscheiden habe. Er bittet darum sicherzustellen, dass die Geschäftsstelle des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden personell so ausgestattet wird, dass die Antragstellerinnen und Antragsteller auch zeitnah unterrichtet werden können. Frau Opladen sichert zu, dass sie gemeinsam mit dem Fachbereich 1 eine Problemlösung anstrebe.

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

<-@

- @-> Der I. Nachtrag zur Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach vom 15.06.1999 wird in der Fassung der überarbeiteten Vorlage, in der die vom Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gegebenen Änderungsvorschläge berücksichtigt sind, beschlossen.

<-@

24. Erweiterung der Montessori-Kindertagesstätte in Bensberg-Bockenberg

@-> Der Rat fasst jeweils einstimmig folgenden

Beschluss: <-@

@->

1. Die Stadt Bergisch Gladbach gewährt dem Förderverein des Montessori-Elternvereins zur Errichtung eines Anbaus an das bestehende Kindergarten-gebäude Reginharstraße 13 aus Mitteln der Stiftung Scheuerer ein zinsloses Darlehen in Höhe von 340.000 DM.
2. Der Montessori-Förderverein verpflichtet sich, den Anbau an den Montessori-Elternverein für den Betrieb der Kindertagesstätte zu vermieten und die monatlichen Mieteinnahmen zur Tilgung des Darlehens an die Stadt weiterzuleiten.
3. Der Montessori-Förderverein verpflichtet sich, nach Tilgung des Darlehens den Anbau an den Montessori-Elternverein für den Betrieb der Kindertagesstätte kostenlos zu übertragen und damit das Mietverhältnis zu beenden.
4. An die Stiftung Scheuerer erfolgt die vorzeitige Rückzahlung eines Teilbetrages (160.000 DM von noch zurückzuzahlenden 340.555 DM) für die seinerzeitige Finanzierung des Jugendtreffs der Arbeiterwohlfahrt.
5. Damit wird die Stiftung in die Lage versetzt, den Beschluss zu Ziffer 1 umzusetzen.

<-@

25. Änderung der "Richtlinien zur Förderung der Spielgruppen"

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

<-@

- @-> Der Änderung der „Richtlinien zur Förderung der Spielgruppen“ wird zugestimmt. Die Richtlinien treten in der veränderten Form rückwirkend zum 01.01.2000 in Kraft.

<-@

26. Änderung der "Richtlinien zur Förderung der Hausaufgabenhilfe in Lern- und

Spielgruppen"

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

<-@

@-> Die Richtlinien zur Förderung der Hausaufgabenhilfe in Lern- und Spielgruppen werden in Ziffer 8.1 durch einen Satz 3 wie folgt ergänzt: Soweit bei geringfügig Beschäftigten gesetzlich vorgeschriebene Beiträge an die Krankenkasse und an die Rentenversicherung abzuführen sind, werden diese dem Träger von der Stadt zu 100 % erstattet.

Die Richtlinienänderung tritt rückwirkend zum 01.10.1999 in Kraft.

<-@

27. Neufassung der Satzung für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

<-@

@-> Die Satzung für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage beigefügten Fassung neu gefasst.

<-@

28. Satzung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Stadtgrün Bergisch Gladbach"

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

<-@

@-> Die Satzung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Stadtgrün Bergisch Gladbach“ wird in der der Vorlage beigefügten Fassung beschlossen.

<-@

29. Satzung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach"

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

<-@

@-> Die Satzung für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach“ wird in der der Vorlage beigefügten Fassung beschlossen.

<-@

30. Benennung von beratenden Mitgliedern im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport

@-> Der Rat fasst mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen aus den Reihen der SPD-Fraktion und zwei Gegenstimmen der Fraktion KIDinitiative folgenden

Beschluss:

<-@

@->

Der Antrag der Fraktion KIDitiative zur Benennung weiterer beratender Mitglieder im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport wird abgelehnt.

<-@

31. Benennung von Mitgliedern des Kreiswahlausschusses für den Wahlkreis 26

@->

Der Rat fasst einstimmig unter Berücksichtigung der Änderung in dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgenden

Beschluss:

<-@

@->

Der Wahlausschuss wird mit folgenden Mitgliedern besetzt:

Mitglieder:

Persönliche Vertreter:

**Bendig, Kristel
Wolfgarten, Herbert**

**Kraemer, Konrad
Wöber-Servaes, Sylvia**

**Holtzmann, Petra
Müller, Peter**

**Wagner, Helene
Willnecker, Josef**

**Schneider, Waltraud
Thannisch, Rainald**

**Ziffus, Günter
Effertz, Helmut**

<-@

32. Umbesetzung im Umlegungsausschuss

@->

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

<-@

@->

Zum stellvertretenden Mitglied im Umlegungsausschuss wird als Nachfolger von Hans Steinbach Jürgen Albrecht benannt.

<-@

33. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten im Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund

@-> Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

<-@

@-> Als 13. Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach wird als Mitglied in die Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes Ratsmitglied Hans-Josef Haasbach entsandt.

33.a

Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten im Bezirksbeirat der Kreissparkasse Köln für den Geschäftsbereich Bergisch Gladbach

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Als Vertreterinnen/ Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach im Bezirksbeirat der Kreissparkasse Köln für den Geschäftsbereich Bergisch Gladbach werden benannt:

1. Bürgermeisterin Maria Theresia Opladen
2. Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Michael Kotulla
3. Peter Müller – Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion
4. Klaus-Peter Freese – Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion
5. Magda Ryborsch – Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
6. Renate Schmidt-Bolzmann – Vorsitzende der F.D.P.-Ratsfraktion
7. Holger Blask – Vorsitzender der Fraktion KIDinitiative.

<-@

34. **Antrag der SPD-Fraktion vom 15.02.2000 zur Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten**

@-> Her Freese begründet für seine Fraktion den Antrag.

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Anstelle von Frau Waltraud Schneider wird Frau Brigitte Schöttler-Fuchs künftig die Mitgliedschaftsrechte der Stadt Bergisch Gladbach im Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund wahrnehmen.

Frau Waltraud Schneider wird anstelle von Frau Brigitte Schöttler-Fuchs die Mitgliedschaftsrechte im Städtetag NW wahrnehmen.

<-@

35. **Antrag der SPD-Fraktion vom 07.02.2000 bzgl. der Entschädigung der Entschädigung der Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit.**

Die Angelegenheit wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

36. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.12.1999 ;
Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit**

Die Angelegenheit wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

37. **Antrag der der Fraktionen SPD, KIDinitiative und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 07.02.2000 zur Beschäftigungsförderung**

@-> Herr Hoffstadt begründet den interfraktionellen Antrag, in dem die Verwaltung aufgefordert wird, für Bergisch Gladbach die Initiative zu ergreifen und in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen, dem Handwerk, der Arbeitsverwaltung und anderen relevanten gesellschaftlichen Kräften ein wirkungsvolles Instrument zur Beschäftigungsförderung zu entwickeln. Gleichzeitig sollten mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis Verhandlungen aufgenommen werden, die Finanzierung des Projekts aus den im Kreishaushalt 2000 zur Verfügung gestellten Mitteln zur Beschäftigungsförderung zu erreichen.

Zur Finanzierung der Anlaufkosten sollte ein Betrag von 20.000,-- DM aus allgemeinen Deckungsmitteln im städtischen Haushalt 2000 bereitgestellt werden.

Herr Müller befürwortet grundsätzlich eine städtische Beschäftigungsinitiative. Er hält eine weitergehende Beratung für erforderlich und spricht sich deshalb für eine Überweisung des Antrages an den Hauptausschuss aus.

Herr Schnöring unterstützt weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) den Antrag in seiner letzten Sitzung einstimmig, also auch mit den Stimmen der CDU, so beschlossen habe. Anliegen sei, dass die Sache auf den Weg gebracht werde. In der Sache hält er eine Überweisung an Hauptausschuss ebenfalls für sinnvoll.

Herr Kotulla bestätigt, dass im Kreishaushalt Mittel für diesen Zweck vorgesehen sind. Da der Kreis offensichtlich keine eigene Initiative ergreife und die Mittel deshalb dort nicht mehr benötigt würden, sollten diese den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Der Kreisverband der Kämmerer wird sich in seiner Sitzung am 04.04.2000 in einer ersten Verhandlungsrunde mit dem Thema befassen.

Eine weitere Beratung des Antrages in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses sei deshalb empfehlenswert.

Frau Wöber-Servaes erklärt, dass es Wille der CDU-Fraktion sei, diese Initiative umzusetzen. An ihrer Aussage im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) halte sie selbstverständlich fest. Mit einem Betrag von 10.000 DM sei jedoch eine Realisierung nicht möglich und deshalb müsse der Kreis den Kommunen Mittel zur Verfügung stellen.

Herr Hoffstadt begrüßt, dass die CDU-Fraktion das Anliegen wohl doch unterstütze, und erklärt sich ebenfalls mit einer Verweisung einverstanden.

Der Rat fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag wird an den Hauptausschuss überwiesen.

<-@

38. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.01.2000 zur Zentrenstudie

@-> Herr Ziffus begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Antrag wird zuständigkeitshalber an den Hauptausschuss überwiesen.

<-@

39. Anfragen der Ratsmitglieder

@-> **1. Anfrage von Herrn Blask zur Bereitstellung von Sitzungsunterlagen im Internet**

Unter Bezugnahme auf das Ratsinformationssystem fragt Herr Blask, ob und inwieweit Sitzungsunterlagen (Einladungen, Vorlagen usw.) des Rates und der Ausschüsse in das Internet gestellt werden, damit die Bürgerinnen und Bürger sie dort einsehen können.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

2. Anfrage von Herrn Dr. Winzen zum Thema Zwangsarbeiter

Herr Dr. Winzen berichtet, ihm sei bekannt, dass das Gutachten des Stadtarchivs zum Thema „Zwangsarbeiter“ der Bürgermeisterin schon seit einiger Zeit vorliege. Er fragt, wann das Gutachten im Bürgermeisterbüro eingegangen sei und warum es den Fraktionen bis heute nicht zur Verfügung gestellt wurde.

Er bittet darum, die Anfrage schriftlich zu beantworten.

3. Anfrage von Herrn Hoffstadt zum kombinierten Rad- und Gehweg an der Vürfelser Kaule zwischen Straßenbahn und Wilhelm-Klein-Straße

Herr Hoffstadt nimmt Bezug auf einen Antrag der SPD-Fraktion vom 25.05.1998 an den Bau-, Verkehrs- und Werksausschuss, den kombinierten Fuß- und Radweg im Bereich Vürfelser Kaule, zwischen Straßenbahn und Wilhelm-Klein-Straße zu verbreitern, um die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer zu verbessern. Der Ausschuss habe am 27.08.1998 einen entsprechenden Maßnahmebeschluss gefasst. Der Beschluss sei bis heute nicht umgesetzt worden und auf wiederholte Nachfrage in der Verwaltung habe er nicht klären können, wann mit einer Realisierung zu rechnen sei. Die Nutzer der dort befindlichen Bushaltestelle seien besonders gefährdet. Die Stadt müsse sich bei einem möglichen Unfall den Vorwurf gefallen lassen, nichts für eine hinreichende Verkehrssicherheit an dieser Stelle unternommen zu ha-

ben.

Herr Hoffstadt möchte wissen, wie in der Angelegenheit weiter verfahren wird.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

4. Anfrage von Herrn Jung zu Schulpraktikanten

Herr Jung berichtet, ihm sei bekanntgeworden, dass Schüler, die ihr Praktikum in Betrieben absolvieren, von dem Lehrer, der sie während dieses Berufspraktikums betreut, aufgefordert würden, sich Unterlagen von städtischen Planungen zu besorgen, die noch nicht zur Veröffentlichung freigegeben sind. Schüler seien mit einer entsprechenden Bitte an Ratsmitglieder herangetreten.

Auch der Lehrer selbst sei Ratsmitglied.

Herr Jung fragt die Verwaltung, ob diese Verfahrensweise rechtens sei.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

5. Anfrage von Herrn Neu zum B-Plan Nr. 4181 - Ortsmitte Herkenrath

Herr Neu erläutert, dass im seit langem rechtsverbindlichen B-Plan Nr. 4181 - Ortsmitte Herkenrath - eine Linksabbiegerspur von der Straße „Straßen“ in die Straße „Hecken“ vorgesehen sei. Er fragt, ob es Bestrebungen der Verwaltung gebe, durch Grundstückskäufe diese Linksabbiegerspur zu verwirklichen.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

6. Anfragen von Herrn Dr. Kassner

1.

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, dass ihm Unterlagen des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr zur Vorbereitung der Ratsitzung nicht übersandt worden seien. Er sei zwar nicht Mitglied des Ausschusses, gleichwohl müssten die ratsrelevanten Vorlagen allen Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Frau Opladen sichert die Übersendung der Unterlagen zu.

2.

Herr Dr. Kassner berichtet, er habe festgestellt, dass der Schulhof der Schule Mohnweg, der auch von der Waldorff-Schule genutzt werde, durch ein geschmiedetes Gitter an einer Stelle verschlossen sei. Um auf den Schulhof zu gelangen, der nachmittags als Spielplatz zur Verfügung stehe, müsse man um die Schule herumgehen, fast bis zur Steinbreche.

Es sei sinnvoll, dass Kinder am Nachmittag Schulhöfe als Spielplätze nutzen. Deshalb sei es nicht nachvollziehbar, dass die Tore angebracht worden seien bzw. das vorhandene Tor zugeschmiedet worden sei.

Herr Dr. Kassner möchte wissen, wer dies veranlasst habe und aus welchem Grund.

Frau Roesgen antwortet, dass sich nachmittags regelmäßig Jugendliche auf dem Schulhof aufgehalten hätten. Es sei zu erheblichen Zerstörungen und Belästigungen der Nachbarschaft gekommen. Um dies zu unterbinden, habe sie die Maßnahme veranlasst, die bereits Wirkung gezeigt hätte.

7. Anfragen von Herrn Ziffus

1.

Herr Ziffus fragt, ob seine Annahme richtig sei, dass Sitzungsunterlagen in dem Moment, in dem sie den Fraktionen zugestellt seien, in ihren öffentlichen Teilen nicht mehr nicht öffentlich sind.

Die Frage wird unmittelbar von Frau Opladen mit „ja“ beantwortet.

Herr Ziffus bemerkt, dass die Anfrage von Herrn Jung sich damit wohl erledigt habe.

2.

Herr Ziffus verweist auf seine Frage in der Ratssitzung am 16.12.1999, ob es sinnvoll sei, wenn im Gewerbegebiet Zinkhütte über ganze Straßenzüge gesperrt werden, weil LKWs in die Fahrbahn hineinragen, die an Ladeluken entladen werden, die für solche langen Fahrzeuge nicht konzipiert seien. Ihm sei mitgeteilt worden, dass dies so üblich und nichts dagegen einzuwenden sei.

Ein Umgehen dieser Sperrung sei nur möglich, wenn man über ein städtisches Grundstück fahre. Die Benutzung dieser Fläche sei nicht erlaubt, da es sich hier um die Umlademöglichkeit für den städtischen Gleisanschluss handle, und dies sei auch entsprechend ausgeschildert. Er möchte wissen, ob dieser Sachverhalt der Verwaltung bekannt sei.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Frau Opladen schließt die öffentliche Sitzung und unterbricht die Sitzung für fünf Minuten.

<-@